

Die Fraktion DIE LINKE

28.10.2020

Vorbemerkung

Die Verwaltungsspitze hat bei der Gemeinderatssitzung am 21. Oktober 2020 im Zusammenhang mit den Investitionsausgaben für die Remstalgartenschau Fehler und Versäumnisse eingeräumt. Oberbürgermeister Richard Arnold hat nachdrücklich und wiederholt zugesichert, dass sich dies nicht wiederholen werde und dass die Verwaltung aus den begangenen Fehlern und Versäumnissen gelernt habe.

Darauf Bezug nehmend beantragt die Fraktion DIE LINKE:

- 1. Ab sofort wird von der Verwaltung jedes Vergabeverfahren von Beginn an fortlaufend dokumentiert und darüber ein Vergabevermerk angefertigt entsprechend der Vergabeverordnung (vgl. VgV §8). Bei *allen* größeren Bauvorhaben *plant, steuert und prüft* die Controllingstelle der Stadt die jeweiligen finanziellen und operativen Maßnahmen. Über konkrete Vorkehrungen, die dies künftig sicherstellen, wird dem Gemeinderat im Januar 2021 berichtet.**

Begründung:

Alle Fragen im Zusammenhang mit den Investitionen für die Remstalgartenschau, die jetzt offen geblieben sind, hätten schnell und umfassend beantwortet werden können, wenn die Verwaltung die entsprechenden Vergabeverfahren gemäß der Vergabeordnung dokumentiert und dem Gemeinderat diese Dokumentation vorgelegt hätte.

Die Erstellung einer Vergabedokumentation und die Ausfertigung eines Vergabevermerks sind nicht in das Belieben der Verwaltung gestellt, sondern eine verpflichtende Vorgabe der Vergabeverordnung. Darin heißt es:

(1) Der öffentliche Auftraggeber dokumentiert das Vergabeverfahren von Beginn an fortlaufend in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit dies für die Begründung von Entscheidungen auf jeder Stufe des Vergabeverfahrens erforderlich ist. Dazu gehört zum Beispiel die Dokumentation der Kommunikation mit Unternehmen und interner Beratungen, der Vorbereitung der Auftragsbekanntmachung und der Vergabeunterlagen, der Öffnung der Angebote, Teilnahmeanträge und Interessensbestätigungen, der Verhandlungen und der Dialoge mit den teilnehmenden Unternehmen sowie der Gründe für Auswahlentscheidungen und den Zuschlag.

(2) Der öffentliche Auftraggeber fertigt über jedes Vergabeverfahren einen Vermerk in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs an. (VgV §8 Abs. 1 und 2).

In der VgV ist auch in allen Einzelheiten aufgelistet, was der Vergabevermerk mindestens enthalten muss.

Die Dokumentationspflicht ist auch durch den Transparenzgrundsatz (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, § 97 Grundsätze der Vergabe, Abs. 1) geboten. Der

Verwaltung und dem Gemeinderat werden dadurch eine interne Kontrolle ermöglicht, ob die vorgesehenen Prozesse, Abstimmungen und Erwägungen eingehalten wurden. Auch für Prüfungen durch die Gemeindeprüfanstalt bzw. das Rechnungsprüfungsamt ist eine umfassende Dokumentation unerlässlich.

Die Missstände und Versäumnisse im Zusammenhang mit der Remstalgartenschau zeigen, dass das Controllingssystem der Stadtverwaltung versagt hat. Darum muss bei der anstehenden Reorganisation des Baudezernats gewährleistet werden, dass das Controllingssystem im geforderten Umfang auch tatsächlich ausgeübt werden kann. Dazu ist insbesondere auch zu bedenken, wie das Controlling künftig gestärkt werden kann.

2. Wir beantragen bis zu Beginn des Jahres 2021 die Einrichtung einer zentralen Stelle für die Vergabe von Aufträgen und die Beschaffung von Materialien des täglichen Verwaltungshandelns.

Begründung:

(Vgl. dazu unseren entsprechenden Antrag in der Haushaltsrede unseres Fraktionsvorsitzenden sowie den einstimmig gefassten Beschluss des Gemeinderats in der Sitzung am 01.07.2020)

Wenn eine zentrale Vergabestelle bereits bestünde, wären für den Gemeinderat die im Fall der Remstalgartenschau unklaren Zuständigkeiten transparenter und es gäbe eindeutig definierte Ansprechpersonen bei Vergabeverfahren. Eine Zentralisierung würde zudem besser sicherstellen, dass bei Vergaben und Beschaffung ökologische Gesichtspunkte, die Vorgaben für eine „FairTrade-Stadt“ und Grundsätze der Wirtschaftlichkeit (die insbesondere bei den Vergabeverfahren für die Remstalgartenschau offensichtlich nicht beachtet wurden) künftig konsequent befolgt werden.